



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 14. Februar 2014
(OR. en)**

**Interinstitutionelles Dossier:
2013/0449 (COD)**

**6255/1/14
REV 1 ADD 1**

**CODEC 345
EF 47
ECOFIN 127
CONSOM 41**

I/A-PUNKT-VERMERK

Absender:	Generalsekretariat des Rates
Empfänger:	Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Betr.:	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 260/2012 in Bezug auf die Umstellung auf unionsweite Überweisungen und Lastschriften (erste Lesung) - Annahme des Gesetzgebungsakts (GA + E) = Erklärung

Erklärung des Vereinigten Königreichs

Das Vereinigte Königreich hat zwar keine politischen Einwände gegen die vorgeschlagene Verordnung, ist jedoch besorgt über das Vorgehen im Zusammenhang mit diesem dringlichen, als schnelle Lösung konzipierten Gesetzgebungsvorschlag. Die Mitgliedstaaten hätten von der Absicht der Kommission, den Umsetzungstermin aufzuschieben, vor der Veröffentlichung unterrichtet werden müssen. Den nationalen Parlamenten sollte angemessene Zeit zur Prüfung der Gesetzgebungsvorschläge der EU eingeräumt werden. Der ursprünglich bei diesem Vorschlag verfolgte Zeitplan hätte dies nicht erlaubt.